

sitzt tief. Sie kreiden dem Kanzler nach wie vor an, im August voreilig das Treffen mit SED-Chef Erich Honecker abgesagt zu haben. Wegen der unsicheren Lage in Polen hatte damals der Innerdeutsche Minister Egon Franke vergeblich gemahnt, die aufwendige Visite mit Sonderzug, Pressekorps und Stadtrundgang abzublasen und statt dessen zu einem kurzen Gespräch mit nur wenigen Beratern in die DDR zu fahren.

Franke hatte nach der Absage bei Schmidt verärgert mehr Kompetenz auch für den operativen Teil der Deutschlandpolitik eingeklagt. Er reklamierte für sich das Recht, wie Kanzleramtsminister Gunter Huonker ebenfalls die für die Deutschlandpolitik zuständigen Staatssekretäre einberufen zu können. Schmidt gab bei: „Egon, du bist der verantwortliche Minister in diesem Bereich.“

Bisher blieb es beim Verschieben von Zuständigkeiten. Marie Schlei bitter: „Helmut Schmidt hat es noch zu keinen kontinuierlichen Begegnungen mit dem Staatsratsvorsitzenden gebracht. Was da bisher geschehen ist, kann der Begriff ‚Normalität‘ nicht abdecken.“

Zwar ist auch den Wehner-Helfern klar, daß die täglich neuen Schikanen der Ost-Berliner alle Aussichten für eine Spitzenbegegnung schwinden lassen. Brandt, Wehner und Genossen stoßen sich aber an der Kanzleramtanalyse, daß die DDR-Regierung alle Abgrenzungsmaßnahmen, vom Zwangsumtausch bis zu Reisebeschränkungen für Künstler, auf Anordnung Moskaus vollstreckte, zu „nach vorne weisenden Schritten“ (Huonker) daher derzeit kaum fähig sei.

Die Einschätzung verkenne, so heißt es bei den Kritikern des Kanzler-Kurses, daß die DDR mit ihrer neuen Politik gegen die Bundesrepublik auf Entwicklungen innerhalb des Ostblocks reagiere, nicht aber von der Entspannungspolitik mit Bonn abrücken wolle. „Nicht unbedingt eine Eiszeit“ steht nach Einschätzung des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky bevor, der letzte Woche mit Honecker in Wien sprach (siehe Seite 153).

Deutschland-Politikerin Schlei: „Wir müssen endlich von den Rahmenbedingungen des anderen ausgehen, von seinen subjektiven Empfindlichkeiten.“ Bei der Absage der Reise habe Schmidt „nicht die souveräne Entscheidung des anderen und dessen Eigeninteressen“ berücksichtigt. Honeckers Bekundungen, er sei weiterhin an einem deutsch-deutschen Treffen interessiert, dürfe man „nicht einfach vom Tisch kehren“. Über Wien ließ Honecker dem SPD-Vorsitzenden Brandt ausrichten, er habe das Signal des SPIEGEL-Gesprächs „wohl verstanden“ und hoffe jetzt auf Kontakte aus Bonn.

Schon in nächster Zeit will die Fraktion, unabhängig von der Regierung,

versuchen, die seit der überraschenden Wehner-Reise im Jahre 1973 eingeschlagenen Beziehungen zur DDR-Volkammer wiederaufzunehmen.

Erste Papiere sind erarbeitet, Gesprächspositionen in Katalogen zusammengefaßt. Die Vorschläge reichen von der Öffnung der Grenzen „rund um die Uhr“ bis hin zu komplizierten Rechtsfragen über die Rückführung minderjähriger DDR-Flüchtlinge. Der SPD-Obmann für Deutschlandpolitik, Hans Büchler: „Die Fraktion blickt nicht mehr tatenlos zu.“

Ende vergangener Woche zeigte das Kanzleramt Reaktion. Eine Staatssekretärsrunde unter Leitung von Huonker verabredete eine umfassende deutschlandpolitische Klausur für den Beginn des nächsten Jahres.

BUNDESWEHR

Grün und Gloria

Vergebens versuchte die Bundeswehr mit öffentlichen Gelöbnissen Volksnähe zu demonstrieren. Das Resultat waren Chaotenkrach in Bonn, staatliche Überreaktion in München und Straßenkampf in Hannover.

Münchens Polizei-Vizepräsident Georg Wolf, 59, gilt in amtlicher Umgebung als „paragraphenfest“. Er ist, heißt es, kompromißlos, ein Kenner im Normen-Dschungel polizeilicher Exekutivarbeit, auf die Einhaltung der Gesetze immer peinlich bedacht. Selbst

* Festnahme eines demonstrierenden Soldaten.

in Augen staatsbanger Konservativer müßte so der ideale Polizeiführer sein — ein Traumchef bei heißen Lagen und unruhigen Demonstranten.

Dennoch oder eben drum: Vorletzte Woche war dies Kaliber in München nicht mehr gefragt. Als Leiter des Polizeischutzes für das Rekrutengelöbnis auf dem Königsplatz wurde der zuständige Wolf abgeschoben.

Seine Vorgesetzten argwöhnten, scheint's, daß der notorische Verfechter von Recht und Ordnung es den Gegendemonstranten nicht recht ordentlich besorgen würde. So geriet der polizeiliche Rahmen auch ganz anders, als er unter dem Rechtsstaatler Wolf zu erwarten gewesen wäre — weniger Recht, mehr Staat.

Weiträumig und von zwei Kordons wurden mutmaßliche Demonstranten schon beizeiten abgedrängt, Besucher und Schaulustige gefilzt, befragt, von Polizeihunden verbellt. Unter den 5000 Sortierten, die schließlich der Zeremonie in Gegenwart hoher Militärführer und des Ministerpräsidenten Strauß beiwohnten, ließen sich auf die Weise die wenigen Zwischenrufer schnell lokalisieren und, teils mit Hilfe der Reizgift-Waffe „Chemical Mace“, am Pfeifen hindern. 1000 Polizisten und 150 Feldjäger hatten die Situation im Griff. Aus der Bilanz: 70 Personen des Platzes verwiesen, 25 vorläufig festgenommen, 30 mit Augenschäden ambulant behandelt. Widerspruch reichte schon. „Wer den Mund nicht hielt“, freute sich Springers „Welt“ darauf, „wurde herausgepickt.“

Auch andernorts fand das Zeremoniell der Rekrutenvereidigung vor einer



Feldjägereinsatz in München*: Selber kümmern naheliegend

Jetzt macht Hans Apel Staat

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über das Rekruten-Gelöbnis in Bonn

Herr Lin Qian, Militär-Attaché der Volksrepublik China, geht so gemessen, wie er gekommen ist. Er deutet eine Verbeugung an und verschwindet im Polizeispalier. Keiner vermag so seinem runden Gesicht unter der Ballonmütze und über den roten Kragenspiegeln anzusehen, ob ihn die vorangegangenen zwei Stunden auf dem Münsterplatz in Bonn verwirrt haben.

Eigentlich kann es gar nicht anders sein. Denn da ist im Zwielflicht aus grellen Scheinwerfern und flackernden Fackeln, untermalt vom dröhnenden Tschingderrassabum einer Militärkapelle und Humba-Humba-Humba-Tätära-Gesängen der Zuschauer, ein seltsames Zeremoniell abgerollt: Die Bundeswehr feiert ihren 25. Geburtstag, mit einem öffentlichen Gelöbnis und einem Großen Zapfenstreich.

Was das bedeuten soll, kann der deutschen Gebräuchen nicht vertraute Herr Lin Qian schon vor dem Ereignis am Mittwoch vergangener Woche den Texten des Verteidigungsministeriums entnehmen: „Das Gelöbnis in der Öffentlichkeit verbindet das Volk mit seinen Soldaten, die aus ihm kommen und zu ihm gehören.“

Wenn das aber so ist, warum ruft dann das Volk unentwegt „aufhören“ und „Schluß mit der Scheiße“? Von seinem Stehplatz neben den höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik kann Herr Lin Qian die Menge hinter einer dichten Kette von Feldjägern und Polizisten erkennen. Die meisten sind sehr jung. Sie winken mit weißen Fähnchen, auf denen geschrieben steht: „Frieden schaffen — ohne Waffen.“

Ob jemand weiß von den Ehrengästen, wer das Volk ist, das da hinter den rot-weißen Absperrgittern pfeift? Eine „kleine Minderheit“, glaubt Verteidigungsminister Hans Apel. Was für Bonner Obrigkeit soviel heißt wie: Radikalinskis, Chaoten, Krawallmacher.

Der Bonner Polizeipräsident Wilhelm Fritsch ist allerdings sicher, daß es sich um „ganz normale junge Menschen“ handelt, zumeist Schüler und Studenten. Und er muß es eigentlich wissen.

Denn an 40 Kontrollschleusen haben Polizisten schließlich das Volk vorsortiert, bevor es sich mit seinen Soldaten feierlich verbinden konnte: Sie hatten Autos durchsucht, Mäntel gefilzt, Gesichter geprüft. Mit über 6000 Beamten läßt sich einiges bewerkstelligen.

Freilich, die Pfiße sind da. „Bis zur Konsequenz der absoluten Würdigkeit“ (Fritsch) mag die Polizei, die bei 115 Festnahmen keineswegs zimperlich ist,

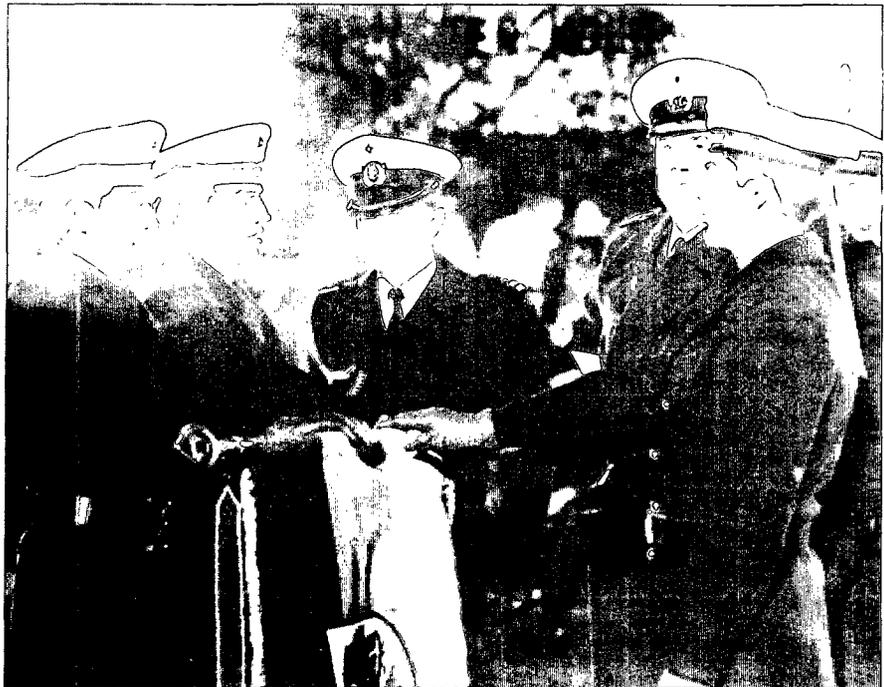
nun doch nicht gehen. Das hätte wohl bedeutet, Jugendliche ganz auszusperren.

So haben sich, als „normale Passanten getarnt“, gut tausend „Störenfriede“ eingeschlichen, wie die „Bonner Rundschau“ entlarvt. Andere Journalisten auf dem Platz schließen aus der Tatsache, daß einige in den Bäumen oder an den Kandelabern hängen, es handele sich um „linke Affen“, denen „der Arsch vollgehauen gehört“.

Was Herr Lin Qian schließt, bleibt verborgen. Sicher ist, daß er schon

Kein Zweifel, auf diesem Flügel wirkt das Beispiel Hans Apels, der trotz hinter dem Podium steht und verbal die Fittiche über die 150 jungen Rekruten breitet. „Meine Soldaten“, verinnahmt sie der Minister. Das Manuskript sieht nur die Anrede „Soldaten“ vor. Dort steht auch nicht, was Apel anschließend über den Platz ruft: „Wer glaubt, daß wir der Gewalt, dem pfeifenden und lärmenden Protest weichen, der irrt sich.“

Das Pfeifkonzert aus dem Volk schwillt an. „Nieder mit der Bundes-



Marinesoldaten beim Gelöbnis: 400 Polizisten für einen Rekruten

fröhlichere Geburtstagsgäste erlebt hat als die Bonner Oberen an diesem Abend. Bundeskanzler Helmut Schmidt hockt in sich zusammengesunken fast reglos auf einem Klappstuhl und starrt den Rauchwolken nach, die er aus der Pfeife dampft. Seinem Beispiel folgend, erhebt sich die ihm benachbarte Prominenz, von Ex-Präsident Walter Scheel bis Bundestagspräsident Richard Stücklen, nur zweimal schwerfällig zur Nationalhymne von den Plätzen.

Der andere Flügel der Ehrengäste steht aufrecht frierend zwei Stunden lang. Die Gäste folgen — besonders gereckt Außenminister Hans-Dietrich Genscher — dem Beispiel von Bundespräsident Karl Carstens, der mit hocherhobenem Haupt Haltung bewahrt, wenn sich in das Deutschlandlied Pfiße mischen.

wehr“, brüllen die jungen Leute im Publikum. Ihre Altersgenossen im letzten Glied der angetretenen Formation gucken ein bißchen flackriger als die Kameraden in der ersten Reihe. Schließlich stehen sie nur knapp drei Meter vor den Protestierenden. Von hinten segelt schon mal ein Papierflugzeug heran. Steine fliegen nicht.

Ob Herr Lin Qian weiß, wer dieser Verteidigungsminister ist, der den jungen Wehrpflichtigen diese erste Tapferkeitsprobe abverlangt? Umrahmt von behelmten Fackelträgern, erweckt er den Anschein, als müsse er mit aller Gewalt den preußischen Heeresreformer Gerhard Johann David von Scharnhorst bei seinem vor 170 Jahren begonnenen Versuch überbieten, „Armee und Nation inniger zu vereinigen“.

Daß dies mit „den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland voll gelungen ist“, wie er an diesem Abend sagt, genügt ihm offenbar nicht. Er will das Verhältnis „fördern“ und „festigen“ — auch wenn er dafür pro Rekrut mindestens 400 Polizisten anbietet, die Bonner Innenstadt in ein Heerlager verwandeln und den Autoverkehr in die Bundeshauptstadt aus allen Himmelsrichtungen zwecks Kofferraumkontrolle bis zu zehn Kilometer aufstauen muß. „Nur noch mit Starrsinn“ kann an diesem Abend zehn Kilometer entfernt der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt die Haltung des Genossen Apel erklären.

Schwer denkbar, daß Herr Lin Qian sich diesen christlich-hanseatischen Sozialdemokraten vorstellen kann wie alte Bonner Berichterstatter, die ihn aus der Zeit kennen, als sein gesunder Menschenverstand noch hin und wieder von einem Pferd wachgetreten wurde. Dieser Apel, so glauben die, wäre ungläubig durch die Bonner Innenstadt gelaufen, in der laut FDP-Generalsekretär Günter Verheugen „für einige Stunden der Polizeistaat eingeführt“ worden war.

Er hätte ungläubig den martialischen Aufmarsch der Feldjäger in den Nebenstraßen gesehen. Er hätte mit Stauen das Feldlazarett in der Garage unter dem Münsterplatz entdeckt und dann so etwas gesagt wie: Kinder, ich glaube, ihr spinnst. Was soll denn der ganze Zirkus?

Jetzt macht Hans Apel Staat. Nicht trotz der Krawalle bei dem öffentlichen Gelöbnis im Mai in Bremen, sondern wegen. Und während der Kanzler im Kabinett über Aufwand und Ort des Kraftaktes murrte, vor allem auch dem Zapfenstreich nichts abgewinnen kann, ist das Vorgehen Apels ganz im Sinne von Hans-Dietrich Genscher, der zu seiner Zeit als Innenminister beim Grenzschutz öffentliche Gelöbnisfeiern eingeführt hatte. Genscher über Apel: „Das muß er durchhalten.“

Wer Hans Apel zu den Soldaten reden hört an diesem Mittwoch, kann spüren, wie weit er sich verrannt hat. „Dies ist keine Demonstration“, sagt er. Da muß ein zugereister Militär, wie Herr Lin Qian, sich wohl Gedanken machen, was der deutsche Verteidigungsminister denn wohl für eine Demonstration hält.

„Wir nehmen heute abend keineswegs an einem ‚militärischen Spektakel‘ teil“, versichert der Minister. Da lachen und pfeifen sie hinter der Absperrung, und selbst unter den Offizieren auf dem Exerzierplatz ist Raunen und Kopfschütteln zu bemerken.

Denn wenn das Gelöbnis selbst im Ablauf von Zeremoniell und Protest noch von einer gewissen dramatischen



Polizeieinsatz in Bonn: Partout volksnah

Ernsthaftigkeit ist, gewinnt die Veranstaltung mit dem Zapfenstreich absurde Züge. Als Zugeständnis an die „jungen Bürger“, denen er gewidmet ist, schmettert das Stabsmusikchor den Schlagler „Il silenzio“ über den Platz. Glaubt man gerade, endlich habe Dieter Thomas Heck die Veranstaltung übernommen, ertönt wenig später das Kommando „Helm ab“. Und dann: „Zum Gebet“.

Das Beethoven-Denkmal, das wuchtige Münster und die Zuschauer auf den nostalgischen Laternen versinken in der Dunkelheit. „Wir beten an die Macht der Liebe“, blasen die Stabspausanisten, ganz wie einst zu Ehren von Thron und Altar. In den blanken Helmen der Musiker spiegeln sich die Flammen. Der Bundeskanzler mag gar nicht hochgucken, er blickt nach unten. Die jungen Bürger ohne Uniform höhnen: „Zugabe, Zugabe.“

Als zwei Stunden vorher eine Abordnung der Rekruten dem Minister im Bonner Rathaus die Hand geschüttelt hat, kommt sie kurz darauf vor eine alte Uhr, deren Zeiger irgendwann einmal aufgehört haben, sich zu bewegen. Jetzt steht sie da in aufdringlicher Symbolik.

Für die einen ist die Uhr Bild dafür, daß offenbar in Bonn manches nicht ganz richtig tickt. Für andere ist sie der Beweis, daß die Zeit stehen geblieben ist. Auch die Demonstranten haben diesen Eindruck. Zu den gefährlichen Waffen, die der Polizei in die Hände fielen, gehören Hellebarden.

Ob Herr Lin Qian die Symbolik bemerkt hat? Ob er überhaupt den Sinn des Abends begreift? Er sieht so rätselhaft aus, als er geht.

nervösen Öffentlichkeit statt, etwa in Gießen und Flensburg, in Saarbrücken und Emden, in Hannover und Bonn (siehe Kasten). In der Bundeshauptstadt offenbarte sich das Dilemma der Zapfenstreich-Planer am deutlichsten: Wenn denn schon, aus fragwürdigen politischen Gründen, der Eid partout volksnah geleistet werden soll, lassen sich Pfeifkonzerte und Sprechchöre allenfalls dann ausschließen, wenn der protestbereite Teil des Publikums radikal ferngehalten oder gewaltsam zum Schweigen gebracht wird.

Aufgestört durch die Krawalle von Bremen, wo im Mai Demonstrationen gegen die Gelöbnisfeier im Weser-Stadion zur Chaotenschlacht ausgeartet waren, mobilisierten die Veranstalter nun, zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr, überall reichlich Hundertschaften zum Zapfenstreich. Soviel Grün und Gloria aber verstärkte den Widerspruch nur noch: Pastoren riefen, wie in Hannover, zu Friedensveranstaltungen auf; in Schleswig wurde eine Kirche besetzt; SPD-Abgeordnete des Saarlandtages blieben der Saarbrücker Gelöbnisfeier ostentativ fern; der Kieler SPD-Landesvorstand kritisierte die „Schau-Inszenierung“. Sogar ein Geschwaderkommodore, Luftwaffenoberst Wolfgang Sauer aus Fürstfeldbruck, meldete sich mit Kritik. Sauer fragte vor Regionalpolitikern: „Rechtfertigt der Aufwand noch den Sinn der Veranstaltung?“

Unvermeidlich andererseits, daß unter den Gelöbnisgegnern schnell die Politrocke das große Wort führten. Wie überall, wo sich Staatsmacht trotz Bürgerzweifel entfaltet und Protestgemenge entsteht, wie in Gorleben und Bremen, mobilisierten auch die Zapfenstreiche die Neinfront, in Standardbe-

setzung: all die polizeibekanntenen „Autonomen Gruppen anarchistischer Zielsetzung“ (Agaz), die Spontis, Maoisten, Doktrinäre, dazu unpolitische Punks, denen Bundeswehrkrawall so schön ist wie Popperverhauen.

Das Straßenklima schaukelte sich überall nach dem gleichen Schema auf: je martialischer die einen, desto rabiatere die anderen.

In Hannover, fünf Tage nach München, war es dann fast wieder so wie in Bremen. Zentral gelenkte Ausschreitungen und Straßenschlachten hielten weit über 1000 Polizisten bis nachts um drei in Trab. Marodierend zogen Vermummte und Helmbewehrte durch die Straßen, ließen Scheiben klirren, attackierten Polizeiwagen, plünderten beim Kaufhof, klauten bei Beate Uhse Präservative und die Anregungscreme

▷ Grundrechte sind in Gefahr, wenn — wie in München — Ministeriale totale Abschirmung planen und Polizisten vor Ort sogar Zwischenrufer belangen.

▷ Gesetze werden gebrochen, wenn die Polizei Demonstranten und Unbeteiligte entgegen den Sicherheitsvorschriften aus nächster Nähe mit der Chemischen Keule beschießt.

▷ Dem Verhältnis zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit droht weitere Verschlechterung, wenn, wie in den letzten Wochen geschehen, immer häufiger auch Feldjäger gegen zivile Bürger eingesetzt werden.

Während der Bonner Feierlichkeit zeigten die Fernsehkameras, wie Militär mit rotem Barrett Störer abschleppte. In München, wo Feldjäger auch Zi-

auch außerhalb von Krisenzeiten gestatten, konnte kaum brutaler ins Bewußtsein gerufen werden — zumal das Kalkül des gewaltsamen Demonstrantenflügels seit je darauf zielt, den Staat als militant darzustellen. Dem hat das grelle Staatsgebarren um die Rekrutenfeiern unübersehbar zugearbeitet.

Ähnliche Wirkung dürfte die vom Christdemokraten Möcklinghoff vorgeschlagene Rechtsstaatsdemontage haben. Nach den Krawallen von Hannover proklamierte der Minister in „Bild“ von neuem den schon öfter diskutierten Vorschlag, Maskierung bei Demonstrationen gesetzlich zu verbieten: „Vermummte Demonstranten könnten dann von der Polizei festgenommen werden, bevor sie Gewalttaten begehen können.“

Künftig also auch auf der anderen Seite Helm ab zum Gebet? Das hieße dann aber zugleich: Schon eine kleine Anzahl von Störenfriedern würde genügen, durch Maskierung Polizeigewalt zu provozieren und damit auch in der friedfertigsten Demonstration eine Straßenschlacht.

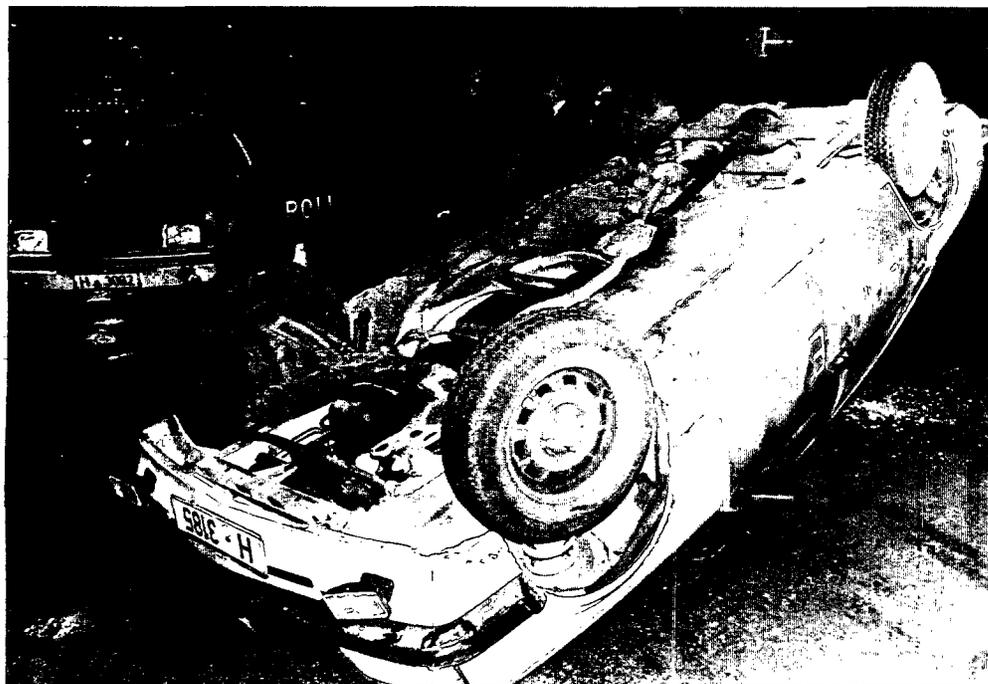
Öl ins Feuer gossen letzte Woche konservative Politiker und Publizisten auch mit teils deutschnationalen Durchhalteappellen an die Traditionsplaner. Noch mehr Polizeischutz forderte etwa die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“; denn sonst könnte die Bundeswehr auf den „naheliegenden Gedanken“ kommen, sie müsse sich um die Demonstrantenabwehr „selbst kümmern“.

Im hannoverschen NDR maßregeln nun die Sender-Verantwortlichen den Redakteur des Regionalfernsehberichts über das Ereignis. Dort waren zum Thema auch ein Gelöbnis-Sketch der Lach- und Schießgesellschaft sowie eine kritische Rekrutenbefragung gesendet worden. Der Sprecher des Ministerpräsidenten hinterher: „Skandalöse journalistische Entgleisung.“

Entlarvend auch das Verständnis von Bundeswehr und Demokratie, das Bayerns Staatsführung an den Tag legte. Zwischen Willkür und Rechtsbruch lag die Maßnahme des Innenministers Gerold Tandler, den Polizei-Vize vorbeugehaft aus der Einsatzleitung zu verjagen — angeblich wegen der ins Haus stehenden „hohen Brisanz“ (Tandler), in Wahrheit aber wohl, weil der Beamte vor einigen Wochen bei einer CSU-Kundgebung nicht bereit gewesen war, Demonstranten die „Stopp Strauß“-Schilder wegzunehmen.

Bei der Auswahl des Veranstaltungsorts leisteten sich die Münchner einen weiteren, makabren Fehltritt: Zu Militärzwecken war der Königsplatz seit den Nazis nicht mehr benutzt worden. Die hatten hier eine Kultstätte unterhalten, mit Tempelchen für die Toten des Hitlermarschs auf die Feldherrnhalle.

Die „Blutfahne“ lag gleich vis-à-vis — im Braunen Haus. ◆



Demolierter Streifenwagen in Hannover: „Die haben uns ausgetrickst“

„Spanische Fliege“. Über allem das Transparent „Bremen-Zürich-Amsterdam — jetzt ist auch Hannover dran.“

Den auf den Polizeibändern abgehörten Einsatzfunk setzte ein Rädelführer mit fremdem Akzent (Polizei: „Gehirn der Demonstranten“) über CB-Funk um; mehrere Schlägertrupps hatten auf Empfang geschaltet. „Die haben uns regelrecht ausgetrickst“, urteilte Schupo-Einsatzleiter Walter Clavien.

Niedersachsens Innenminister Egbert Möcklinghoff, für den die Anarchogewalt mit Hannover „in ein neues Stadium“ getreten ist, kündigte schon an, die Polizei werde sich „darauf einrichten“. Deutschland im Herbst 1980 — es wird kräftig eskaliert:

▷ Das Demonstrationsrecht steht wieder einmal zur Diskussion — Niedersachsens Möcklinghoff forderte als erster Verschärfung.

vilpersonen kontrollierten, sorgten die Soldaten besonders während der Strauß-Rede für Ruhe. Einmal nahmen sie einen Rundfunkreporter fest, der Protestierer befragen wollte. Die „Süddeutsche Zeitung“ bescheinigte den Feldjägern „sehr hartes Zugreifen“.

Gewalt gegen Zivilisten ist den Feldjägern im Prinzip gesetzlich erlaubt, etwa bei Störungen der dienstlichen Tätigkeit der Bundeswehr. Die einschlägige Rechtsvorschrift* erlaubt im Extremfall sogar Schüsse in eine Menschenmenge, zum Beispiel bei handgreiflichen „Straftaten gegen die Bundeswehr“ — nach den Buchstaben des Gesetzes durchaus auch bei einem Steinhagel aufs Rekrutenzeremoniell.

Daß Paragraphen den Einsatz von Bundeswehrorganen im zivilen Bereich

* Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen (UZwGBw).